



Sozialdemokratische Partei  
Kanton Uri



Nora Sommer  
Trögligasse 25  
6460 Altdorf

## Kleine Anfrage

### „Notfallunterbringung Kinder und Jugendliche“

Im Rahmen des Sozialplans 2020 bis 2023 haben sich diverse Gemeinden in einem Brief an den Regierungsrat gewendet. Sie äussern darin ihre Bedenken bezüglich der Notfallunterbringung von Kindern und Jugendlichen im Haus Magdalena. Die Urner Gemeinden zeigen darin Probleme auf, die sie in der Zusammenarbeit mit dem Haus Magdalena haben. Insbesondere administrative Angelegenheiten und das Rechnungswesen werden beanstandet. Ausserdem wird die Wertehaltung der religiösen Einrichtung in Frage gestellt. Dies ist bei schutzbedürftigen Personen besonders heikel.

Bisher wurde die Notfallunterbringung durch die Stiftung Papilio gewährleistet.

Die Notfallunterbringung von Kindern und Jugendlichen hat mit dem Aufbau der KESB deutlich abgenommen und kommt glücklicherweise nur noch selten vor. Auch mit der Umstrukturierung des Asylwesens kommt es zu deutlich weniger Notfallunterbringungen. Diese Veränderungen betreffen nicht nur den Kanton Uri, sondern alle (Zentral-) Schweizer Kantone.

Aus diesen Überlegungen stellen sich uns folgende Fragen, die wir gerne beantwortet haben möchten.

Gestützt auf Art. 130 ff. der Geschäftsordnung des Urner Landrats ersuchen wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Institutionen wurden für die Notfallunterbringung von Kindern und Jugendlichen (nebst der Stiftung Papilio und dem Haus Magdalena) geprüft?
2. Wie wird kontrolliert, dass die persönliche Integrität von schutzbedürftigen Personen in Bezug auf den religiösen Einfluss einer sich klar bekennenden freikirchlichen Institution gewährleistet ist? Und was versteht der Regierungsrat unter dem Begriff sektiererisch (siehe Brief RR an die Gemeinden)?
3. Warum werden Leistungsaufträge im Rahmen des Sozialplans nicht öffentlich ausgeschrieben?

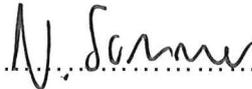
4. Wurde die Zusammenarbeit mit anderen Zentralschweizer Kantonen überprüft?
5. Wenn nein, kann sich der Regierungsrat vorstellen, in Zukunft eine interkantonale Lösung für die Notfallunterbringung von Kindern und Jugendlichen in einer konfessionell neutralen Institution zu prüfen?

Für die Beantwortung der Kleinen Anfrage danken wir dem Regierungsrat.

Altdorf, 14. Dezember 2019

Unterzeichner/In:

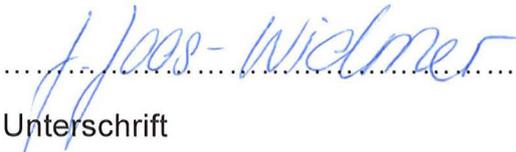
Nora Sommer

.....

Unterschrift

Unterzeichner/In:

Jolanda Joos-Widmer

.....

Unterschrift